V-8-015: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen LAG Demokratie und Recht (dort beschlossen am: 30.11.2023)

Von Zeile 14 bis 26:

Statt für mehr Sicherheit zu sorgen und die Versammlungsfreiheit zu garantieren, ebnet dieses Gesetz den Weg für eine ~~Regierung~~Maßnahmen, die die Grundrechte unliebsamer politischer Bewegungen einschränk~~t~~ en.
Zugleich geht die ASOG-Novelle wesentliche Probleme der Sicherheitsbehörden nicht an – von der materiellen, personellen und finanziellen Ausstattung über die Verbesserung gesetzlicher Grundlagen und die Schaffung zielgerichteter und verfassungsfester Eingriffsbefugnisse bis hin Stärkung des Vertrauens in die Polizei durch einen verstärkten Kampf gegen verfassungsfeindliche Tendenzen in den ~~Rechtsstaat angreift~~ Sicherheitsbehörden.
Taser und Bodycams sind teuer und belasten den Berliner Haushalt. Wichtiger ist, dass die Grundausstattung der Polizei auf ein hohes Niveau gebracht und gesichert wird. Es kann nicht angehen, dass die Polizist*innen in maroden Gebäuden und mit veralteter Ausrüstung arbeiten müssen. Wir Berliner Grüne setzten uns dafür ein, dass die wichtige Arbeit der Berliner Polizist*innen besser wertgeschätzt wird und sie die Ausrüstung und Arbeitsplätze erhalten, die sie verdienen. Bevor die Innensenatorin teure „Spielzeuge“ anschafft, erwarten wir, dass sie zunächst die Basisausstattung sicherstellt. Sonst wird der Sanierungsstau nie aufgelöst. Auch fehlt es im sozialen Bereich an Personalstellen bzw. können diese nicht besetzt werden, da die Arbeitsbedingungen nicht gut sind. Diese grundlegenden Baustellen müssen angegangen werden; gerade in Zeiten knapper Kassen muss der Fokus auf das Wesentliche gelegt werden!
Berlin braucht keine
~~Berlin braucht keine Law & Order Politik~~polizeilichen Maßnahmen, die potenziell Demonstrierende ~~undmarginalisierte Gruppen kriminalisiert~~und marginalisierte Gruppen gezielt in der Freiheit der Person unverhältnismäßig beschränken, das Leben von Schwangeren und Menschen mit Vorerkrankungen ohne Not gefährdet und die Grundrechte aller unverhältnismäßig einschränkt. Stattdessen braucht Berlin ~~eine~~eine vorausschauende, evidenzbasierte und grundrechtsorientierte Sicherheitspolitik, die ~~tatsächlich~~einen tatsächlichen Mehrwert für die Sicherheit aller ~~schützt~~bietet. Diesem Anspruch wird die ASOG-Novelle nicht gerecht. Sie trägt auch der aktuellen Gefahrenlage nicht hinreichend Rechnung.

~~Sogenannte Kriminalitätsbelastete Orte (KbO) dürfen nicht länger als Vorwand für übermäßige und intransparente Kontrollen dienen, sondern müssen als Versagen des Staates bei der Fürsorge für Betroffenen verstanden werden. Daher müssen Soziale Arbeit, Prävention und Zukunftsperspektiven in den Mittelpunkt staatlichen Handels rücken. "Kriminalitätsbelastete Orte" im Sinne polizeilich definierter Gebiete, an denen die Befugnisse der Polizei deutlich ausgeweitet werden, gehören abgeschafft.~~Die Sicherheitsbehörden allein können eine umfassende Sicherheit nicht gewährleisten. Ihre Arbeit kann nur einen Teil der Anstrengung sein, Sicherheit für alle Menschen in Berlin zu gewährleisten. Um den tatsächlichen Gefährdungslagen Rechnung zu tragen, müssen wir Probleme auch an der Wurzel angehen. Soziale Arbeit, Prävention und Zukunftsperspektiven müssen weiter in den Mittelpunkt staatlichen Handels rücken und auch als integrale Bestandteile von effektiven Strategien für mehr Sicherheit verstanden werden. Dafür sollten entsprechende Projekte ausgebaut und besser gefördert werden. "Kriminalitätsbelastete Orte" im Sinne polizeilich definierter Gebiete, an denen die Befugnisse der Polizei deutlich ausgeweitet werden, gehören abgeschafft. Kontrollen nach dem „Gießkannenprinzip“ ohne Verdachtsmomente bringen keine Sicherheit.

Begründung

Die Kritik an der ASOG-Novelle darf sich nicht darauf beschränken, die Maßnahmen zu kritisieren, sondern muss insbes. auch aufzeigen, dass ein wesentliches Problem ist, dass die tatsächlichen Probleme nicht angegangen werden.